

Juli 2017

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



mit großen Schritten nähern wir uns der Bundestagswahl, die heiße Wahlkampfphase startet nach der Sommerpause.






Die Politik in Deutschland und Europa braucht einen grundlegenden Kurswechsel! Der soziale Zusammenhalt ist durch Populismus, Politikverdrossenheit und Protestwählertum gefährdet. Was wir brauchen ist Vertrauen in die Politik und zwar eine Politik, die dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist, die Beteiligungsansprüche der Menschen



ernst nimmt und Diskriminierung keine Chance gibt.



Dafür treten der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften ein. Daran orientieren sich unsere Anforderungen an die Parteien zu den Bundestagswahlen. Auch die DGB Jugend und die DGB-Frauen haben mit eigenen Publikationen deutlich gemacht, was sie von der Politik erwarten und woran sie die Parteien bei ihrer Wahl messen werden.

In diesem Newsletter konkretisieren wir stichpunktartig, wo die nächste Bundesregierung aus gewerkschaftlicher Sicht die Weichen für eine Politik des gesellschaftlichen Zusammenhalts neu stellen muss.

Alle Positionen könnt ihr hier detailliert nachlesen. Der Link bringt euch auf die passenden Seiten:

-  [Faltblatt: Jetzt gerecht. Du hast die Wahl: Gute Arbeit für alle](#)
-  [Faltblatt: Jetzt gerecht. Du hast die Wahl: Gute Bildung für alle](#)
-  [Faltblatt: Jetzt gerecht. Du hast die Wahl: Mehr investieren für alle](#)
-  [Faltblatt: Jetzt gerecht. Du hast die Wahl: Bezahlbaren Wohnen für alle](#)
-  [Faltblatt: Jetzt gerecht. Du hast die Wahl: Gute Perspektiven für alle](#)

-  [Forderungen der Gewerkschaftsjugend zur Bundestagswahl 2017](#)
-  [Gleichstellungspolitische Anforderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2017](#)

-  [Die AfD: Eine Zwischenbilanz vor der Bundestagswahl](#)
-  [Anforderungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2017](#)

**JETZT
GERECHT**
DU HAST DIE WAHL!

Wir wünschen Euch einen schönen Sommer, gute Erholung und viel Sonne!

Gute Arbeit der Zukunft

- ✓ das Mindestlohngesetz konsequent umsetzen, unter anderem durch mehr Kontrollen der "Finanzkontrolle Schwarzarbeit" des Zolls sowie neue Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften
- ✓ sachgrundlose Befristungen abschaffen
- ✓ die Sozialversicherungspflicht ohne Ausnahme für alle Arbeitsverhältnisse einführen
- ✓ ein Recht auf befristete Teilzeit für Beschäftigte schaffen
- ✓ die Tarifbindung stärken; zum Beispiel dadurch, dass Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können und so auch für nicht tarifgebundene Unternehmen einer Branche gelten
- ✓ den Kündigungsschutz verbessern
- ✓ den Beschäftigten ein Recht auf "Log Off" (Nicht-Erreichbarkeit) einräumen

**ARBEIT
DER ZUKUNFT**
Möglichkeiten nutzen - Grenzen setzen

Mitbestimmung

- ✓ die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer ausweiten, zum Beispiel in den Bereichen Digitalisierung, Weiterbildung, Personalplanung und Outsourcing
- ✓ das Wahlverfahren für den Betriebsrat in Betrieben mit bis zu 100 Beschäftigten vereinfachen
- ✓ den besonderen Kündigungsschutz ausweiten, unter anderem auf die Initiatoren einer Betriebsratswahl
- ✓ Arbeitgeber, die Betriebsratswahlen unzulässig beeinflussen, härter und wirkungsvoller bestrafen und dafür Schwerpunktstaatsanwaltschaften bilden
- ✓ Lücken im deutschen und europäischen Recht schließen, damit sich Unternehmen nicht länger den gesetzlichen Regelungen zur Mitbestimmung entziehen können

**OFFENSIVE
MITBESTIMMUNG**
DGB

Bildung

- ✓ die Kindertagesbetreuung weiter ausbauen und bundesweit einheitliche Standards in einem Kita-Qualitätsgesetz festlegen
- ✓ einen Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen Ganztagschulplatz schaffen
- ✓ eine staatliche Ausbildungsgarantie einführen und dafür sorgen, dass jeder / jede in das erste Ausbildungsjahr eines anerkannten Ausbildungsberufs einsteigen kann

**ZEIT FÜR
GUTE BILDUNG**

**VIEL ERREICHT UND
NOCH VIEL VOR!**

DGB

- ✓ mehr Studienplätze schaffen und den Zugang zur Hochschule auch für Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung öffnen
- ✓ das BAföG stärken und zu einem Instrument für lebenslanges Lernen ausbauen, unter anderem durch Abschaffung der Altersgrenzen
- ✓ ein Weiterbildungsgesetz schaffen, in dem bundesweit ein Recht auf geförderte Weiterbildung verankert ist

Steuern und Investitionen

- ✓ den massiven Investitionsstau abbauen und stärker in Infrastruktur und Personal investieren, damit die Wirtschaft wettbewerbsfähig und das Gemeinwesen intakt bleibt
- ✓ öffentliche Investitionen vorrangig aus Steuermitteln finanzieren
- ✓ die Steuerlast gerechter verteilen und Privilegien für sehr hohe Vermögen, Einkommen und Erbschaften streichen
- ✓ Vermögenssteuer und Finanztransaktionssteuern (wieder) einführen
- ✓ Steuerhinterziehung wirkungsvoller bestrafen und dafür unter anderem das Personal in den Finanzverwaltungen aufstocken und international tätige Unternehmen zu mehr Transparenz verpflichten
- ✓ Familien mit Kindern stärker fördern und den Kinderfreibetrag durch ein höheres Kindergeld für alle ersetzen
- ✓ Mit unseren [steuerpolitische Eckpunkten](#) zur Bundestagswahl 2017 haben wir Vorschläge vorgelegt, die 95 Prozent aller Haushalte entlasten würden



Wohnungspolitik

- ✓ schnell preiswerten Wohnraum schaffen und dafür zum Beispiel in Ballungsgebieten leerstehende Büroflächen in Wohnungen umwidmen
- ✓ jährlich mehrere hunderttausend staatlich geförderte Sozialwohnungen bauen, die dauerhaft preis- und belegungsgebunden sind
- ✓ stärker in den Bau von Mietwohnungen investieren und die Abschreibungsmöglichkeiten auf vier Prozent erhöhen
- ✓ die energetische Sanierung von bestehenden Wohnungen besser finanziell unterstützen und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die Bauherren und Mietern Planungssicherheit bieten
- ✓ die Bemessungszeiträume von Mietspiegeln von vier auf zehn Jahre verlängern, um Mieter wirksam vor Wucher zu schützen

Verkehr und Infrastruktur

- ✓ Bundesstraßen und Autobahnen nicht privatisieren, sondern in öffentlicher Hand behalten
- ✓ stärker in die Verkehrsinfrastruktur investieren und dafür unter anderem die Einnahmen aus der Lkw-Maut verwenden
- ✓ Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern und dafür sorgen, dass der Verkehr in Deutschland spätestens 2050 kein Kohlendioxid mehr produziert
- ✓ für eine nachhaltige Verkehrswende gezielt die Bahnindustrie, den öffentlichen Personennahverkehr und Elektromobilität fördern
- ✓ die digitale Infrastruktur ausbauen und die flächendeckende Versorgung mit Breitband-Internet durch öffentliche Investitionen sichern

Rente

- ✓ die gesetzliche Rentenversicherung stärken und ihre Leistungen verbessern
- ✓ das Rentenniveau zunächst auf dem heutigen Stand von 48 Prozent stabilisieren und dann auf 50 Prozent anheben
- ✓ auch Selbstständige einbeziehen und so die Anzahl der Beitragszahler erhöhen
- ✓ den Übergang in den Ruhestand erleichtern, zum Beispiel durch eine Teilrente ab 63 und eine neue, öffentlich geförderte Altersteilzeit
- ✓ die betriebliche Altersversorgung ausbauen und dazu unter anderem einen verpflichtenden Kostenzuschuss der Arbeitgeber bei Entgeltumwandlung einführen
- ✓ die Erwerbsminderungsrente verbessern - alle weiteren Infos zur Rentenpolitik auf der [Webseite der DGB-Renten-kampagne](#)



Gesundheit und Soziales

- ✓ zur paritätischen Finanzierung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zurückkehren: Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen wieder "50/50" den gleichen Anteil der Krankenversicherungsbeiträge zahlen
- ✓ die Arbeitnehmer-Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung abschaffen
- ✓ die Gesetzliche Krankenversicherung und die Pflegeversicherung langfristig zu einer Bürgerversicherung für alle ausbauen
- ✓ am Prinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet festhalten und den Bundesländern keine Ausnahmeregelungen bei Leistungen im Sozialbereich gestatten
- ✓ ein "Überbrückungsgeld" einführen, das im Anschluss an das Arbeitslosengeld I (ALG I) weitere zwölf Monate gezahlt wird und ein Abrutschen in Hartz IV verhindert

Europa

- ✓ die Krieg der Eurozone endlich wirksam bekämpfen und dafür den Sparkurs mit Ausgabenkürzungen, Steuerhöhungen und Arbeitsmarktreformen aufgeben
- ✓ ein Investitionsprogramm auflegen, um vor allem im Süden Europas die dringend nötigen Wachstumsimpulse zu setzen
- ✓ die EU stärker auf den sozialen Fortschritt ausrichten und den Abbau von Arbeitnehmerrechten sowie Eingriffe ins Tarifsysteem rückgängig machen



- ✓ die Deregulierung des Binnenmarkts stoppen und stattdessen neue Mindeststandards für Beschäftigte definieren
- ✓ Einschränkungen der Arbeitnehmerfreiheit abwehren und faire Mobilität sichern, nach dem Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort"
- ✓ die Bankenunion vorantreiben und für ein sicheres und stabiles Finanzsystem sorgen
- ✓ Verhandlungen von Handelsabkommen wie TTIP, CETA oder TISA demokratisch gestalten und Arbeitnehmerrechte wirksam gegen verstärkten Wettbewerbsdruck schützen

Flucht und Migration

- ✓ innerhalb der EU ein solidarisches System zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen aufbauen, das gemeinsam finanziert wird und die Lasten gerecht verteilt
- ✓ die Fluchtursachen engagierter bekämpfen und mehr Mittel für die Arbeit der UNHCR bereitstellen
- ✓ faire und zügige Asylverfahren in Deutschland gewährleisten, die unabhängig vom Herkunftsland die individuellen Fluchtgründe berücksichtigen
- ✓ das System zur Zu- und Einwanderung von Erwerbstätigen grundlegend reformieren und die Chancen für alle hier lebenden Menschen, egal welcher ethnischen oder sozialen Herkunft sie sind, verbessern
- ✓ ein Gesetz zur Verbesserung der Teilhabechancen in Bildung, Ausbildung und Beruf schaffen
- ✓ Programme zur Förderung von Demokratie und gegen Rechtsextremismus stärken, hassmotivierte Straftaten konsequenter verfolgen und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz so reformieren, dass Diskriminierung nicht nur bestraft, sondern schon im Vorfeld zu vermeiden ist



IMPRESSUM

DGB-Bezirk Rheinland-Pfalz / Saarland
Kaiserstr. 26-30
55116 Mainz
www.rheinland-pfalz-saarland.dgb.de

Kontakt:
Susanne Wingertzahn
Tel.: 06131 /281614

Herausgeber:
Dietmar Muscheid
Vorsitzender DGB Rheinland-Pfalz / Saarland
Bilder: DGB